

16. März 2020

von **industriAll European Trade Union**

COVID-19: die EU braucht eine gemeinsame Reaktion und die Beschäftigten müssen geschützt werden

Europa ist zum Epizentrum einer Pandemie geworden, von der alle EU-Mitgliedstaaten betroffen sind. Die EU muss nun schnell und koordiniert reagieren, um ihre Bevölkerung vor COVID-19 zu schützen und eine größere wirtschaftliche Rezession zu vermeiden.

Das von der EU-Kommission am 13. März vorgestellte Notfallpaket ist ein Schritt in die richtige Richtung. Im Einklang mit den von einigen nationalen Regierungen ergriffenen Maßnahmen muss die EU einen übergreifenden Notfallplan verabschieden. Dieser Plan muss (i) die notwendige sanitäre Versorgung der EU-Gesundheitssysteme sicherstellen, (ii) garantieren, dass die Mitgliedstaaten die Flexibilität der staatlichen Beihilfen und des Stabilitäts- und Wachstumspakts voll ausschöpfen können, um die Wirtschaft anzukurbeln, (iii) Menschen unterstützen, deren Einkommen und Arbeitsplätze betroffen sind, sowie (iv) betroffene Unternehmen unterstützen. Die EU muss eine Antwort geben, die dem Ausmaß der globalen Bedrohung entspricht!

Die Arbeitnehmer*innen müssen geschützt werden, und die Arbeitgeber*innen müssen ihre Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten wahrnehmen. Nicht jeder Arbeitnehmer/ jede Arbeitnehmerin hat die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten. Beschäftigte in der Fertigung können nicht aus der Ferne arbeiten, und die Arbeitgeber*innen müssen geeignete Maßnahmen zu ihrem Schutz ergreifen. Wenn die Arbeitgeber*innen dies nicht tun, werden sie in Gefahr geraten, und das ist inakzeptabel. Die Arbeitgeber*innen müssen ihre Anstrengungen auf Prävention ausrichten, einschließlich der räumlichen Distanz am Arbeitsplatz, der Anpassung der Arbeitszeit, um zu verhindern, dass die Arbeitnehmer*innen während der Stoßzeiten pendeln, usw. Die Sozialpartner auf allen Ebenen müssen dringend Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz diskutieren und vereinbaren. Wenn sie dies nicht tun, müssen die Behörden einschreiten.

Die öffentlichen Behörden müssen die Gehälter von Arbeitnehmer*innen, die sich in Quarantäne begeben müssen und keine Möglichkeit haben, von zu Hause aus zu arbeiten, vollständig ausgleichen. Die öffentlichen Behörden müssen auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf alle Arbeitnehmer*innen ausweiten. Aufgrund der starken Zunahme prekärer Arbeit in den letzten Jahrzehnten haben viele Arbeitnehmer*innen keinen Anspruch auf Krankengeld. Daher werden viele potenziell gefährdete Arbeitnehmer*innen weiterhin arbeiten, anstatt freiwillig zu Hause zu bleiben. Wir können nicht akzeptieren, dass die am stärksten gefährdeten Arbeitnehmer*innen durch ihre Arbeit das Risiko einer Infektion eingehen und zur Verbreitung des Virus beitragen, weil sie nicht von Notfallmaßnahmen profitieren. Die EU muss garantieren, dass jeder Arbeitnehmer

und jede Arbeitnehmerin unabhängig von der Form der Arbeit vom ersten Tag an Anspruch auf Krankengeld mit vollem Ausgleich des Einkommensverlusts hat.

In den kommenden Wochen wird industriAll Europe die Auswirkungen des COVID-19-Ausbruchs auf die Industriesektoren und die Industriebeschäftigten genau verfolgen.